

DerWesten - 23.06.2009

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/games/2009/6/23/news-123508726/detail.html>

Debatte

## Politiker skeptisch gegenüber Killerspiel-Verbot

WE Games, 23.06.2009, Nicole Lange



**In den vergangenen Wochen gab es unzählige Diskussionen über Verbote von gewalthaltigen Spielen. Politiker taten sich mit unterschiedlichen Einstellungen zum Thema hervor: Während die einen ein Verbot stärken, sehen die anderen kein Fundament für solche Forderungen. Ein Überblick.**

Besonders die CDU/CSU setzt sich für stärkere Gewaltprävention ein. Video- und Computerspiele sollen stärker unter die Lupe genommen und notfalls gleich komplett verboten werden. Dass ein solches Verbot trotz Innenminister-Tagung wenig Fundament hat, wissen jedoch auch manche Parteimitglieder. So erklärte zuletzt der Düsseldorfer Landtags-Abgeordnete Thomas Jarzombek (CDU), dass die Umsetzung in dieser Legislaturperiode vollkommen unrealistisch sei.

„Aufgrund des Diskontinuitätsprinzips kann es de facto nicht mehr vor der Wahl beraten werden. Ich halte das Ganze für heiße Luft“, meint Jarzombek.

### Diskussion

Diskutieren Sie mit:

- Forum: [Wie gefährlich sind "Ballerspiele"?](#)

Dieser Ansicht ist auch der CDU-Bundestags-Abgeordnete Leo Dautzenberg. Zum Innenministerkonferenz-Beschluss sagte er: „Was meine Meinung zu diesem Beschluss angeht, so bin ich keinesfalls für ein pauschales Verbot dieser Spiele.“ Auch er sieht es wie Thomas Jarzombek: Ein gesetzliches Verbot würde seiner Meinung nach in dieser Legislaturperiode nicht durchkommen.

### Eltern müssen verstärkt auf ihre Kinder achten

„Eventuelle gesetzgeberische Schritte werden - wenn überhaupt - erst in der nächsten Legislaturperiode vorgenommen werden“, sagt Dautzenberg. „Ein generelles Verbot von Action-Computerspielen wird es mit Sicherheit nicht geben.“

Allerdings würde der Staat in der Pflicht stehen zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche Zugang zu Gewalt verherrlichenden Computerspielen haben.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrike Merten will die bestehenden Gesetze dafür besser genutzt sehen. Darüber hinaus müssten die Eltern stärker auf den Medienkonsum ihrer Kinder achten.

„Der Staat kann und soll nicht die Aufsichtspflicht der Eltern übernehmen“, erklärt Merten. „Besitz und Herstellung so genannter Killerspiele sind nicht verboten. Eltern machen sich aber strafbar, wenn sie ihre Kinder - zumindest wenn dies regelmäßig geschieht - solche Spiele spielen lassen. Der bereits bestehende Jugendschutz - besonders was den Verkauf solcher Medien an Minderjährige angeht - sollte allerdings besser kontrolliert werden, anstatt

*jetzt wieder über weitere Verbotsmaßnahmen zu diskutieren.“*

### **Verbot ist der falsche Weg**

Die Bundestags-Abgeordnete Marina Schuster (FDP) lehnt ein Verbot ebenfalls entschieden ab. „Ein einfaches Verbot von Computerspielen ist vielleicht eine (vor-)schnelle Antwort, aber langfristig der falsche Weg“, antwortet Schuster auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de). *„Abgesehen davon, dass ein derartiges Verbot nicht geeignet ist, Gewalttaten zu verhindern, führt es zudem dazu, dass alle Spielerinnen und Spieler von Computerspielen unter den Generalverdacht gestellt werden, zu Gewalttaten zu neigen. Es ist aber völlig unverhältnismäßig, gewissenhaften Nutzern Computerspiele zu verbieten. Denn Computerspiele, die gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen, dürfen schon heute nach geltendem Recht nicht vertrieben werden, dies haben Sie auch aus Ihrer Praxis bestätigt.“*

Schuster ist ebenfalls der Ansicht, dass die bestehenden Regeln richtig und strikter umgesetzt werden müssen. Ein effektiver Jugendschutz sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von Eltern, Schulen und Politik ebenso wahrgenommen werden müsste wie von Computerspiel-Herstellern bzw. -Vertrieben.

### **Gewaltspiele nicht in Deutschland produziert**

Diese seien sich der Verantwortung bewusst. So sagte Stephan Reichart, Geschäftsführer des GAME-Bundesverbandes, uns gegenüber: *„Wir nehmen diese Diskussion sehr ernst und stehen ja auch offen zu den Positionen. Dass Spiele wie GTA nicht in Deutschland produziert werden, hat sicherlich auch eine Menge mit unserer generell eher skeptischen Einstellung gegenüber Gewalt in Unterhaltungsmedien zu tun. Dass man wenig von Entwicklern in der Gewaltdiskussion hört, liegt schlichtweg daran, dass wir diese Spiele nicht in Deutschland produzieren.“*

Olaf Wolters, Geschäftsführer der USK, sagte zu den kürzlich aufgekommenen Vorwürfen gegen die USK: *„Wir nehmen Kritik grundsätzlich ernst. Allerdings schauen wir auch auf die inhaltliche Substanz, und da blieb in den vergangenen Wochen eher wenig hängen. Grundsätzlich attestierte uns das Hans-Bredow-Institut im Rahmen der Evaluation des Jugendmedienschutzes im Auftrag von Bund und Ländern nachvollziehbare Bewertungskriterien und saubere Verfahren. Wir wissen natürlich, dass wir weiterhin unsere Hausaufgaben machen müssen, und sind permanent dabei, unsere Arbeit zu verbessern.“*

### **Mehr zum Thema:**

- Wenn Politiker zum Gamepad greifen
- Verbotsdebatte: Auch "Need for speed" im Visier?
- Killerspiele: Internetsperren und Elternstrafen
- Verbotsforderung der Innenminister nur heiße Luft?
- Kommentar: Von Demonstrationen und verschmähten Spielern
- CSU: Vergleich zwischen Kriegsspielen und Schießsport unpassend
- So einfach kommen Kinder an Erwachsenen-Spiele
- Interview: "Mehr Aufklärungsarbeit und weniger Politiker-Polemik"